

SPD-Politiker für G36-Ausschuss

Arnold: Aufklärung der Unstimmigkeiten

ban. BERLIN, 17. Mai. Der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold hat sich dafür ausgesprochen, die Koalitionsfraktionen sollten zur Aufklärung der Unstimmigkeiten über das Sturmgewehr G36 den Verteidigungsausschuss des Bundestages als Untersuchungsausschuss einsetzen, wenn dies die Opposition wünsche. Bislang hat lediglich die Grünen-Fraktion diese Forderung erhoben. Die Bundestagsfraktion der Linkspartei hat sich noch nicht festgelegt. Arnold sagte am Sonntag dieser Zeitung, falls auch die größere Oppositionsfraktion das Ansinnen unterstütze, sollten alle vier Bundestagsfraktionen einen gemeinsamen Untersuchungsauftrag beschließen. Dies wäre sein „Rat“. Zur Bereitschaft von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), ein Untersuchungsausschuss sei für sie „in Ordnung“, äußerte Arnold, gegebenenfalls bliebe der Verteidigungsministerin auch nichts anderes übrig.

Nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung hatte der Waffenhersteller Heckler & Koch im November 2013 Gespräche mit dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) nicht mit dem Ziel geführt, dieser solle Journalisten bespitzeln; das war bisher der Erkenntnisstand. Vielmehr hätten die Vertreter der Firma die Sorge gehabt, Konkurrenten und auch ein ehemaliger Mitarbeiter betrieben eine Negativ-Kampagne, um das Unternehmen reif für eine Übernahme durch – eventuell ausländische – Investoren zu machen. Der frühere Rüstungsdirektor des Verteidigungsministeriums, Abteilungsleiter Detlef Selhausen, unterstützte die

se Sicht der Dinge. MAD-Präsident Ulrich Birkenheier lehnte Ermittlungen aber ab, weil die Erkenntnisse zu vage seien. SPD-Verteidigungspolitiker Arnold gab zu erkennen, dass er Birkenheiers Auffassung teile. In einer Stellungnahme der Firma vom Sonntag hieß es: „Durch die negative Berichterstattung bestand die Möglichkeit, dass das Unternehmen angreifbar und zum Objekt von Übernahmephantasien wurde.“ Der Vorwurf, das Unternehmen habe vom MAD das Ausspähen von Journalisten gefordert, wurde abermals bestritten.

Von der Leyen hatte, nachdem die Vorwürfe bekanntgeworden waren, am 7. Mai die Notbremse ziehen wollen. In ihrer Erklärung hieß es: „Dass Heckler & Koch sich im Jahr 2013 an den MAD gewandt hat, ist schon sehr befremdlich. Was aber völlig inakzeptabel ist, ist, dass sich der damalige Abteilungsleiter Rüstung mit einem Brief an den MAD vom 6. Dezember 2013 diese Initiative zu eigen gemacht hat.“ Zu Recht habe der MAD-Präsident dieses „absurde Ansinnen“ abgelehnt. „Der Abteilungsleiter ist inzwischen seines Postens enthoben“, hieß es in der Erklärung.

Arnold bezweifelte zudem von der Leyens Darstellung, es habe sich um eine Strafversetzung gehandelt. Er verwies darauf, Selhausen sei wenig später zum Geschäftsführer der staatseigenen Bundeswehr Fuhrpark-Service GmbH (BwFuhrparkService) berufen worden. In dieser Funktion habe er ein höheres Einkommen als zuvor als Abteilungsleiter des Ministeriums. Der SPD-Politiker sagte: „Da gäbe es Fragen.“